

Über 2.000 Tarifbeschäftigte im Warnstreik

Druck machen für sechs Prozent mehr!

Nach dem ergebnislosen Verlauf der zweiten Verhandlungsrunde hat die GEW NRW ihre tarifbeschäftigten Mitglieder zu einem eintägigen Warnstreik aufgerufen. Über 2.000 Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und pädagogische Fachkräfte sowie auch Hochschulbeschäftigte nahmen an den regionalen Streikkundgebungen und gewerkschaftlichen Protestaktionen in Düsseldorf, Köln, Dortmund, Bielefeld und Münster teil.

„Wenn die öffentlichen Arbeitgeber unsere Forderungen als zu hoch ablehnen, aber selber kein verhandlungsfähiges Angebot unterbreiten, müssen wir für Bewegung sorgen und Druck machen. Wir wollen mit unseren Aktionen ein gutes Ergebnis für die Beschäftigten des Landes erreichen“, erklärte Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW in NRW, heute auf der Streikkundgebung der GEW in Düsseldorf.

In dieser Tarifrunde ginge es primär darum, den Anschluss an die Entwicklung der Gehälter der im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten zu halten. Dorothea Schäfer wörtlich: „Wir wollen die Lücke von rund vier Prozent schließen. Aber auch die Gehälter in der Privatwirtschaft dürfen nicht weiter davonziehen.“ Deutschland brauche einen handlungsfähigen Staat mit hochqualifizierten und motivierten Beschäftigten. Die gute Konjunktur- und Finanzsituation ermögliche ein kräftiges Gehaltsplus für die öffentlich Beschäftigten, dies sei auch gut für die Stärkung der Binnenkonjunktur.

Dorothea Schäfer bewertete in ihrer kämpferischen Rede das gewerkschaftliche Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen von sechs Prozent als berechtigt. „Für die Lehrer*innen sowie die pädagogischen Fachkräfte an Schulen wäre die Einführung der Entwicklungsstufe 6 in die Entgelttabelle des Tarifvertrags der Länder (TV-L) ein großer Gewinn. Aber auch die Länder müssten ein großes Interesse daran haben, die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte deutlich zu verbessern. Der öffentliche Dienst der Länder muss mit einer attraktiven Bezahlung seiner Beschäftigten konkurrenzfähig sein, sonst droht uns weiterer Lehrkräftemangel“, unterstrich die GEW-Landesvorsitzende.

Teil des Forderungskatalogs der Gewerkschaften sei außerdem eine Gehaltserhöhung mit sozialer Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages. Schließlich müssten die Einkommen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder auf das Niveau vergleichbarer Arbeitnehmer*innen bei Bund und Kommunen angehoben werden. Auch hier wachse der Fachkräftemangel, insbesondere bei den Erzieher*innen, wenn diese weniger verdienten als bei den Kommunen.

Berthold Paschert | Pressesprecher

berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 01. Februar 2017
www.gew-nrw.de/presse